Vertrag über die flächendeckende Einrichtung und Durchführung der Aufgaben eines Integrationsfachdienstes (IFD) zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben nach Teil 3 Kapitel 7 Sozialgesetzbuch (SGB) IX in Sachsen-Anhalt
Zeitraum 2027 – 2030 mit Verlängerungsoption für weitere vier Jahre

Los Nr. XXX

Zwischen dem Integrationsamt des Landes Sachsen-Anhalt,
Referat 508 im Landesverwaltungsamt des Landes Sachsen-Anhalt,
Ernst-Kamieth-Straße 2,
06112 Halle (Saale)
Besucheradresse:
Hansering 15
06108 Halle (Saale)

-nachfolgend **Auftraggeber** genannt-

und

dem XXX Name und Anschrift des Auftragnehmers

-nachfolgend **Träger** genannt-

wird auf der Grundlage des Angebots vom **XX.XX.2025** zu Vergabe-Nr. 508.z-43200-2025/04 zu Los **XXX (LOT-000XXX)** folgender Vertrag geschlossen:

Präampel

Menschen mit Behinderungen stehen unter dem besonderen Schutz des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention – UN-BRK), des Grundgesetzes (Artikel 3 Abs. 3 Satz 2 GG) und der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt (Artikel 38 Landesverfassung).

Integrationsfachdienste können zur Teilhabe behinderter oder schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben nach §§ 192 ff. SGB IX als Dienste Dritter beteiligt werden. Integrationsfachdienste sind ein wichtiges Instrument des SGB IX, um die Ausbildung und Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen zu fördern und zu unterstützen (Aufnahme, Ausübung und Sicherung einer möglichst dauerhaften Beschäftigung). Integrationsfachdienste werden gemäß § 194 Abs. 1 Satz 1 SGB IX im Auftrag des Integrationsamtes des Landes Sachsen-Anhalt tätig, um die Aufgaben nach § 193 SGB IX zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben zu übernehmen. Ein niederschwelliger Zugang zu den jeweiligen

Integrationsfachdiensten ist für die schwerbehinderten Menschen zu gewährleisten. Die Leistungen des Integrationsfachdienstes sind für die schwerbehinderten Menschen kostenlos; sie werden vom Auftraggeber vergütet (§ 196 Abs. 1 Satz 1 SGB IX).

Dieser Vertrag ist mit dem Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot zustande gekommen.

Im Vertrag wird zur besseren Lesbarkeit die männliche Form für alle Personenbezeichnungen gewählt. Die weiteren Formen werden dabei stets mitgedacht.

§ 1 Vertragsgegenstand, Grundlagen des Vertrages und Zuständigkeitsbereich

(1) Gegenstand des Vertrages ist der Auftrag an den Träger, einen Integrationsfachdienst nach §§ 192 ff SGB IX einzurichten und zu betreiben.

(2) Vertragsgrundlagen sind:

- Die Leistungsbeschreibung zum Vertrag über die flächendeckende Einrichtung und Durchführung der Aufgaben eines Integrationsfachdienstes zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben nach §§ 192 ff SGB IX in Sachsen-Anhalt im Zeitraum 2027 – 2030 mit Verlängerungsoption für weitere vier Jahre für den Zeitraum 2031 – 2034 (Anlage 1),
- dieser Vertrag,
- das Angebot des Bieters vom xx.xx.2025 auf das Los xxx,
- die VOL/B,
- ergänzende Vertragsbedingungen zu den §§ 12, 17 und 18 TVergG LSA.

Die Beauftragung des Integrationsfachdienstes erfolgt darüber hinaus auf Grundlage des durch den Auftraggeber vorgegebenen Qualitätsmanagement (QM)-Systems „KASSYS“ in der aktuell gültigen Fassung.

Die Strukturverantwortung liegt beim Auftraggeber.

(3) Die Vertragspartner verpflichten sich zur engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit (§ 194 Abs. 3 Nr. 2 SGB IX).

(4) Der Gesamtauftrag ist in vier Regionallose aufgeteilt. Der Träger ist ausschließlich zuständig für den Integrationsfachdienst in und für die Region (Los), für die der Zuschlag erteilt wird.

Die regionale Zuordnung der Lose ergibt sich aus Ziffer 1.4 der Leistungsbeschreibung in Verbindung mit der Übersichtskarte (Anlage 2) und der nachfolgenden Beschreibung.

Entsprechend der Aufteilung umfassen die Lose folgende Regionalbereiche in Sachsen-Anhalt:

Los 1 Regionalbereich Magdeburg/ Stendal mit den Beratungsstellen in Magdeburg, Stendal und Haldensleben,

Los 2 Regionalbereich Wittenberg/ Dessau mit den Beratungsstellen Lutherstadt Wittenberg und Köthen,

Los 3 Regionalbereich Halberstadt/ Sangerhausen mit den Beratungsstellen Halberstadt und Aschersleben,

Los 4 Regionalbereich Halle/ Merseburg mit den Beratungsstellen Halle (Saale) und Leuna.

(5) Die örtliche Zuständigkeit eines Integrationsfachdienstes im Einzelfall wird wie folgt geregelt:

- Grundsätzlich richtet sich die örtliche Zuständigkeit nach dem Arbeitsplatz des schwerbehinderten Menschen im Rahmen der Sicherung.
- Bei alternierender Telearbeit (Heim- und Betriebsarbeitsplatz im örtlichen Zuständigkeitsbereich verschiedener Integrationsämter bzw. Integrationsfachdienste) richtet sich die örtliche Zuständigkeit nach dem Wohnort des schwerbehinderten Menschen, an dem die Heimarbeit geleistet wird.
- Im Rahmen einer Hinführung als Sonderform der Unterstützung schwerbehinderter Menschen im Arbeitsleben in Einzelfällen richtet sich die örtliche Zuständigkeit nach dem Wohnort des schwerbehinderten Menschen. Dabei bedeutet Hinführung in dem Zusammenhang Einführung oder Vorbereitung auf einen Arbeitsplatz. Bei einer Anbahnung eines betrieblichen Arbeits-, Dienst- oder Ausbildungsverhältnisses richtet sich die örtliche Zuständigkeit nach dem Ort des in Aussicht stehenden Arbeitsverhältnisses.

In begründeten Einzelfällen kann mit Zustimmung des Auftraggebers von der örtlichen Zuständigkeit abgewichen werden.

Bei einem Arbeitsplatz- bzw. Wohnortwechsel sind vom bislang zuständigen Integrationsfachdienst der künftig örtlich zuständige Integrationsfachdienst und der Auftraggeber zu informieren und die Übergabe zu regeln (siehe auch Leistungsbeschreibung, Seite 12).

§ 2 Leistungsumfang und Zielgruppen

(1) Der Träger stellt sicher, dass der Integrationsfachdienst die Aufgaben zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben gemäß § 194 Abs. 1 Satz 1 SGB IX im Auftrag des Auftraggebers durchführt, indem er die schwerbehinderten Menschen berät, unterstützt und auf geeignete Arbeitsplätze vermittelt.

Inhalt und Umfang der Aufgaben des Integrationsfachdienstes im Einzelnen ergeben sich aus den Regelungen des SGB IX, Teil 3, Kapitel 7 in Verbindung mit Ziffer 2 der Leistungsbeschreibung. Hier sind die Aufgaben der Integrationsfachdienste zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben zusammengefasst.

Zu den vom Integrationsfachdienst zu erfüllenden Aufgabenbereichen gehören dabei gemäß § 193 Abs. 2 Nummer 6 - 8 und 10 SGB IX insbesondere:

1. die Fähigkeiten der zugewiesenen schwerbehinderten Menschen zu bewerten und einzuschätzen und dabei ein individuelles Fähigkeits-, Leistungs- und Interessenprofil zur Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt in enger Kooperation mit den schwerbehinderten Menschen, dem Auftraggeber und der abgebenden Einrichtung der schulischen oder beruflichen Bildung, Rehabilitation oder Eingliederung zu erarbeiten,
2. geeignete Ausbildungs- und Arbeitsplätze (§ 156 SGB IX) auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu erschließen,
3. die betriebliche Ausbildung schwerbehinderter, insbesondere seelisch und lernbehinderter, Jugendliche zu begleiten,
4. die Berufsorientierung und Berufsberatung in den Schulen unterstützen,
5. die schwerbehinderten Menschen auf die vorgesehenen Arbeitsplätze vorzubereiten,
6. die schwerbehinderten Menschen, soweit und solange erforderlich, am Arbeitsplatz oder beim Training der berufspraktischen Fähigkeiten am konkreten Arbeitsplatz zu begleiten,
7. mit Zustimmung des schwerbehinderten Menschen die Mitarbeiter/ die Vorgesetzten/ die Kollegen im Betrieb oder in der Dienststelle über Art und Auswirkungen der Behinderung und über entsprechende Verhaltensregeln zu informieren und zu beraten,
8. eine Nachbetreuung, Krisenintervention oder psychosoziale Betreuung durchzuführen sowie
9. in Zusammenarbeit mit den Rehabilitationsträgern und dem Integrationsamt die für den schwerbehinderten Menschen benötigten Leistungen zu klären und bei der Beantragung zu unterstützen.

Der Integrationsfachdienst informiert, berät und unterstützt nach Klärung des Hilfsbedarfs im Einzelfall bei

- gesundheits- und behinderungsbezogenen Problemen, soweit diese sich am Arbeitsplatz auswirken,
- Veränderungen im Arbeitsumfeld,
- akuten Krisensituationen,
- Konflikten am Arbeitsplatz mit Vorgesetzten und Kollegen,
- Wiedereinstieg in den Beruf nach langer Krankheit,
- Fragen der beruflichen Weiterentwicklung.

Der Integrationsfachdienst wird im Auftrag des Auftraggebers sowie im Rahmen der begleitenden Hilfe im Arbeitsleben gemäß § 185 Abs. 2 Satz 4 und 5 SGB IX tätig. Dies betrifft auch die nach den Umständen des Einzelfalls notwendige psychosoziale Betreuung schwerbehinderter Menschen. Dies kann die Beratung und Begleitung der schwerbehinderten Menschen mit besonderem psychosozialen Unterstützungsbedarf sowie deren Arbeitgeber im Auftrag des Auftraggebers gemäß § 185 Abs. 3 Nr. 3 SGB IX umfassen. Der Integrationsfachdienst kann auch im Rahmen des § 55 Abs. 3 SGB IX (Berufsbegleitung bei Unterstützter Beschäftigung) beteiligt werden.

Zu der qualifizierten Einschätzung der Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft sowie des Förderbedarfs der schwerbehinderten Menschen in Bezug auf die Teilhabe am Arbeitsleben erstellt der Integrationsfachdienst Fachdienstliche Stellungnahmen, um die jeweilige Sachbearbeitung beim Auftraggeber bei der Entscheidung über die Gewährung von Leistungen, aber auch im Kündigungsschutzverfahren zu unterstützen. Die vom Auftraggeber beauftragten Fachdienstliche Stellungnahmen haben Priorität in der Bearbeitung, diese bearbeitet der Integrationsfachdienst unverzüglich.

(2) Schwerbehinderte Menschen im Sinne des Absatzes 1 sind insbesondere schwerbehinderte Menschen, bei denen mindestens ein Grad der Behinderung (GdB) von 50 festgestellt wurde oder Personen mit einem GdB von 30 oder 40, die von der Agentur für Arbeit den Schwerbehinderten gleichgestellt wurden und die aufgrund der Behinderung einen besonderen Unterstützungsbedarf haben. Zudem wird auf § 151 Abs. 4 SGB IX verwiesen.

Durch die besondere Unterstützung durch den Integrationsfachdienst ist für einen Teil der besonders betroffenen schwerbehinderten Menschen die Teilhabe am Arbeitsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen und nachhaltig zu sichern.

Der Integrationsfachdienst führt nach § 192 Abs. 1 bis 3 SGB IX Maßnahmen zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen durch.

Er wird dabei insbesondere tätig für folgende Zielgruppen:

1. schwerbehinderte Menschen mit einem besonderen Bedarf an arbeits- und berufsbegleitender Betreuung,
2. schwerbehinderte Menschen, die nach zielgerichteter Vorbereitung durch die Werkstatt für behinderte Menschen am Arbeitsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt teilhaben sollen und dabei auf aufwendige, personalintensive, individuelle arbeitsbegleitende Hilfen angewiesen sind sowie
3. schwerbehinderte Schulabgänger, die für die Aufnahme einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt auf die Unterstützung eines Integrationsfachdienstes angewiesen sind.

Ein besonderer Bedarf an arbeits- und berufsbegleitender Betreuung ist insbesondere gegeben bei schwerbehinderten Menschen

mit einer geistigen Behinderung,

mit einer seelischen Behinderung und / oder

mit einer schweren Körper-, Sinnes- oder Mehrfachbehinderung,

welche sich im Arbeitsleben besonders nachteilig auswirkt und allein oder zusammen mit weiteren vermittlungshemmenden Umständen (Alter, Langzeitarbeitslosigkeit, unzureichende Qualifikation, Leistungsminderung) die Teilhabe am Arbeitsleben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erschwert.

Im Einzelfall kann der Integrationsfachdienst nach § 192 Abs. 4 SGB IX auch bei Menschen mit Behinderungen, die nicht schwerbehindert sind, tätig werden, wenn bei ihnen die gleichen Vermittlungshemmnisse wie bei den schwerbehinderten Menschen bestehen. Es soll hierbei den besonderen Bedürfnissen von seelisch behinderten Menschen, die nicht als schwerbehinderte Menschen anerkannt oder gleichgestellt sind, durch die Beteiligung des Integrationsfachdienstes Rechnung getragen werden.

§ 3 Fachliche Anforderungen an den Träger

(1) Der Träger stellt sicher, dass der Integrationsfachdienst rechtlich oder organisatorisch und wirtschaftlich eigenständig ist (§ 195 Abs. 1 Nr. 4 SGB IX).

(2) Die fachliche Verantwortung hat der Träger. Er stellt sicher, dass die notwendigen personellen, räumlichen und sächlichen Voraussetzungen für die ordnungsgemäße Durchführung der vertraglichen Verpflichtungen für den Integrationsfachdienst unter Beachtung der Anforderungen nach § 195 SGB IX jederzeit gegeben sind.

Dazu im Einzelnen:

(a) Pflichten des Trägers des Integrationsfachdienstes hinsichtlich des Personals:

aa) Der Träger stellt sicher, dass der Integrationsfachdienst mit hauptamtlich tätigen Fachkräften ausgestattet ist, die über eine geeignete Berufsqualifikation, eine psychosoziale oder arbeitspädagogische Zusatzqualifikation und ausreichende Berufserfahrung verfügen (§ 195 Abs. 1 Nr. 3 SGB IX). Die Leistungserbringung erfolgt während der gesamten Vertragslaufzeit durch die dem Auftraggeber benannten Fachkräfte des Trägers, die mindestens die Anforderungen gemäß Ziffer 3.3 der Leistungsbeschreibung erfüllen. Das mit der Durchführung der integrationsfachdienstlichen Leistungen beauftragte Personal muss dem Auftraggeber jeweils zwei Wochen vor Beginn der Arbeitsaufnahme bei dem Integrationsfachdienst schriftlich unter Vorlage entsprechender Qualifikationsnachweise (Zeugnisse, Lebenslauf mit Zertifikaten, Dienst- bzw. Arbeitszeugnisse, Dienstpostenbeschreibung) mitgeteilt werden. Der Auftraggeber entscheidet über den Einsatz der Fachkraft beim Integrationsfachdienst, ihm obliegt ein Vetorecht bei der Personalauswahl. Der Träger des Integrationsfachdienstes führt die Dienstaufsicht über die Fachkräfte des Integrationsfachdienstes.

ab) Der Träger hat bei der Auswahl seines Personals für den Integrationsfachdienst schwerbehinderte Menschen, insbesondere schwerbehinderte Frauen, bevorzugt zu berücksichtigen (§ 195 Abs. 3 SGB IX).

ac) Der Träger stellt sicher, dass der Integrationsfachdienst mit dem zahlenmäßigen Bestand an Fachkräften entsprechend der Vorgabe nach Ziffer 3.3.3 der Leistungsbeschreibung ausgestattet ist. Danach hat der Integrationsfachdienst an den Standorten der Beratungsstellen einen Mindestpersonalbestandes von insgesamt **XXXX VzÄ** (Vollzeitäquivalentziele) vorzuweisen.

Mindestens zwei Fachkräfte des Integrationsfachdienstes verfügen über spezifische Kenntnisse bzw. Qualifikationen im Bereich der Hörbehinderung (z. B. Gebärdensprachkenntnisse).

Eine Fachkraft mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden (1 VzÄ) begleitet durchschnittlich 30 Klienten der Zielgruppe gleichzeitig. Hiervon kann im Einzelfall abgewichen werden.

Ein Vollzeitäquivalent ist die Maßeinheit für die theoretische Anzahl von Vollzeitbeschäftigten einer Organisationseinheit bei Umrechnung aller Teilzeitbeschäftigten in Vollzeitarbeit (zum Beispiel ein Beschäftigter mit einer arbeitsvertraglich festgelegten Arbeitszeit von 40 Wochenstunden entspricht 1 Vollzeitäquivalent; ein Beschäftigter mit einer arbeitsvertraglich festgelegten Arbeitszeit von 30 Wochenstunden entspricht 0,75 Vollzeitäquivalenten, $30/40$).¹

Die einzusetzenden Fachkräfte müssen jeweils einen Mindeststellenanteil von 0,3 einer Vollzeitkraft mit einer Arbeitszeit von 40 Stunden pro Woche vorweisen. Eine Beschäftigte mit 0,3 Vollzeitäquivalenten hat eine arbeitsvertraglich festgelegte Arbeitszeit von 12 Wochenstunden.

ad) Die Eingruppierung und Einstufung der Fachkräfte erfolgt in analoger Anwendung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) in der jeweils gültigen Fassung. Die Fachkräfte werden analog der Entgeltgruppe S 12 TV-L vergütet. Die Zuordnung der Fachkräfte in die entsprechenden Erfahrungsstufe richtet sich nach deren einschlägigen Berufserfahrung.

ae) Jede Fachkraft nimmt innerhalb des Bereichs alle im § 2 Abs. 1 des Vertrages aufgezählten Aufgaben wahr.

af) Für den Fall der Abwesenheit einzelner Fachkräfte (Urlaub, Krankheit) garantiert der Träger durch eine interne Vertretungsregelung, dass die Kontinuität der Aufgabenwahrnehmung gesichert ist.

ag) Grundsätzlich soll ein stabiler und dauerhafter Einsatz von Fachkräften beim Integrationsfachdienst erfolgen, damit die schwerbehinderten Menschen einen festen Ansprechpartner haben. Der Träger stellt dies dadurch sicher, dass eine Beschäftigung der Fachkräfte in der Regel mindestens über die Dauer der Vertragslaufzeit angestrebt wird.

ah) Der Träger stellt sicher, dass die Fachkräfte regelmäßig an Schulungen und geeigneten Weiterbildungsangeboten, insbesondere an den Fortbildungsveranstaltungen zur fachlichen Qualifizierung teilnehmen.

Der Träger gewährleistet die Durchführung von Supervisionen. Die Fachkräfte unterziehen sich einer regelmäßigen Supervision. Der Träger stellt pro Fachkraft die Teilnahme an mindestens einer Supervision im Halbjahr sicher.

¹ Haushaltsführungs-Erlass 2025 – HFE 2025, RdErl. des MF vom 7. März 2025 – 21-04031-784/5/13001/2025

ai) Der Träger benennt dem Auftraggeber einen Beschäftigten beim Integrationsfachdienst sowie einen Stellvertreter als Ansprechpartner (bezeichnet auch als Teamleitung bzw. Koordinator), der für Abstimmungs- und Beauftragungsprozesse gegenüber dem Auftraggeber fungiert. Die Kontaktdaten werden als Anlage 5 zum Vertrag genommen.

aj) Der Auftraggeber kann unter Beifügung einer schriftlichen Begründung den Austausch einer vom Träger zur Vertragserfüllung eingesetzten Fachkraft verlangen, wenn sich Gründe ergeben, die zu einer Unzumutbarkeit einer weiteren Zusammenarbeit mit der Fachkraft führen. Ein derartiger Grund kann insbesondere sein, dass diese Fachkraft wiederholt und schwerwiegend gegen vertragliche Pflichten verstoßen hat. Der Auftraggeber wird dem Träger eine derartige Aufforderung zum Austausch rechtzeitig mitteilen. Der Träger hat dieser Forderung unverzüglich Folge zu leisten und geeignetes Ersatzpersonal vorzustellen. Die durch den Austausch entstehenden Kosten gehen zu Lasten des Trägers.

ak) Scheidet eine Fachkraft aus (z. B. infolge Kündigung etc.) oder fällt aus (z. B. infolge Erziehungsurlaub, längerer Krankheit, Quarantäne etc.) ist dem Auftraggeber unverzüglich Mitteilung zu machen, sobald sich das Ausscheiden abzeichnet oder verfestigt (Abwesenheit von zusammenhängend sechs Wochen). Der Träger wird dem Auftraggeber in diesen Fällen bereits mit der Mitteilung Vorschläge für Ersatzpersonal unterbreiten, das hinsichtlich der Qualifikation mit dem zu ersetzenden Personal als mindestens gleichwertig anzusehen ist. Die entsprechende Qualifikation ist nachzuweisen. Die in der Leistungsbeschreibung definierten Mindestvorgaben für das Personal sind in jedem Fall einzuhalten. Eine Ablösung bzw. Neubestellung der jeweiligen Fachkraft ist nur mit vorheriger schriftlicher Einwilligung des Auftraggebers oder auf dessen begründetes Verlangen möglich. Die Einwilligung des Auftraggebers darf nicht ohne wichtigen Grund verweigert werden. Ein wichtiger Grund für die Verweigerung liegt insbesondere vor, wenn die Qualifikation der ersetzenden Fachkraft nicht mit der Qualifikation der zu ersetzenden Fachkraft gleichwertig ist oder vom Träger nicht ausreichend nachgewiesen wurde. Die Ablösung bzw. Neubestellung der jeweiligen Fachkraft hat nach der Einwilligung des Auftraggebers unverzüglich zu erfolgen.

al) Bei der Einstellung neuer Fachkräfte erfolgt eine Analyse des Qualifizierungsbedarfs im Hinblick auf die Tätigkeit im Integrationsfachdienst. Der Träger stellt die fachliche Einarbeitung neuer Fachkräfte durch die Anleitung und Unterstützung durch berufserfahrende Fachkräfte im Integrationsfachdienst (i.d.R. mindestens zwei Jahre Zugehörigkeit zum Integrationsfachdienst) sicher.

b) Pflichten des Trägers hinsichtlich der räumlichen und sächlichen Ausstattung des Integrationsfachdienstes:

ba) Der Träger stellt sicher, dass die folgenden räumlichen Voraussetzungen in den jeweiligen Beratungsstellen nach Ziffer 3.4 der Leistungsbeschreibung gewährleistet sind:

- Die Räumlichkeiten müssen deutlich als Beratungsstelle des Integrationsfachdienstes ausgewiesen und erkennbar sein.

- Die Beratungsstellen müssen frei von Zugangs- und Kommunikationsbarrieren erreichbar sein, d. h. der Zugang zum Integrationsfachdienst muss für behinderte Menschen, auch für Rollstuhlfahrer, ohne besondere Erschwernisse und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sein. Zur Barrierefreiheit zählen u. a. eine Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel, die Bereitstellung von Parkplätzen für auf ein Kraftfahrzeug angewiesene Personen sowie ein entsprechender Gebäude-/Bürozugang inklusive erforderlicher Wegweiser (z. B. Beschilderung im Empfangsbereich) und Sanitäreinrichtungen. Der Träger stellt sicher, dass die Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme zum Integrationsfachdienst ohne Zugangsbeschränkung oder bürokratischen Vorlauf besteht.

- Im Rahmen der zu gewährleistenden Barrierefreiheit können Sprechzeiten bzw. Termine vorgehalten werden oder stattfinden.

- Für die vielfältigen Außenkontakte in Unternehmen oder bei Kooperationspartnern wird die Mobilität der Fachkräfte des Integrationsfachdienstes vorausgesetzt. Der Träger stellt die Mobilität der Fachkräfte in geeigneter Form sicher (z.B. Dienstfahrzeug, Job-Ticket, Carsharing oder Anerkennung der Nutzung eines privaten Kraftfahrzeuges).

bb) Der Träger gewährleistet, dass die sächlichen Voraussetzungen für die Durchführung des Auftrags jederzeit vorhanden sind, wie folgt:

- Die gesetzlichen Vorgaben (wie z.B. abschließbare Schränke für das Aufbewahren von Akten) sind einzuhalten.

- Die erforderliche sächliche Ausstattung umfasst auch eine zeitgemäße Kommunikations-, Büro- und Nachrichtentechnik, die ggf. während der Vertragslaufzeit aktualisiert werden muss. Insbesondere muss jede Fachkraft mit einer E-Mailadresse sowie einem mobilen Telefon ausgestattet sein. Die digitale Kommunikation sollte sowohl hinsichtlich der E-Mail-Nutzung als auch des mobilen Telefons unter Beachtung der jeweils aktuellen Vorgaben zum IT-Grundschutz des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) betrieben werden.

Dabei sollte jeweils von einem hohen Schutzbedarf ausgegangen werden. Es ist zu gewährleisten, dass der Integrationsfachdienst zu den üblichen Geschäftszeiten über eine zentrale Telefoneinwahl erreichbar ist und eingehende Anliegen zeitnah und bedarfsgerecht bearbeitet werden können. Menschen, die sich an den Integrationsfachdienst wenden, sollen nicht länger als zwei Wochen auf einen individuellen Beratungstermin warten müssen, bei Krisen erfolgt die Kontaktaufnahme unverzüglich nach der Meldung. Ausreichende Netzleistung muss zur Verfügung gestellt werden, damit moderne Dokumentationsanforderungen erfüllt werden können. Zur Entgegennahme von Aufträgen für Fachdienstliche Stellungnahmen vom Auftraggeber ist zwingend ein allgemeines E-Mail-Postfach einzurichten, bei dem der arbeitstäglliche Zugriff gesichert ist.

- Der Träger stellt sicher, dass das vereinbarte Corporate Design (einheitliches Erscheinungsbild) durch Beschilderung auch im Außenbereich, auf Visitenkarten, auf Geschäftspapier etc. eingesetzt und eingehalten wird.

- Der Träger ist verpflichtet, den Auftraggeber über jede wesentliche Änderung der Einrichtung des Geschäftsbetriebs unverzüglich zu unterrichten.

Sämtliche Kosten für die notwendige räumliche und sächliche Ausstattung des Integrationsfachdienstes übernimmt der Träger.

§ 4 Anforderungsprofil des Trägers

Für die Leistungserbringung kommen nur Träger in Betracht, die über die erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit verfügen. Es kommen damit nur Träger als Integrationsfachdienste in Betracht, die bereits in der Vergangenheit Integrationsangebote für den zu unterstützenden Personenkreis zur Verfügung gestellt haben (§ 195 Abs. 1 Nr. 2 SGB IX). Zum Nachweis seiner fachlichen Qualifikation hat der Bieter mit dem Angebot eine Eigenklärung abzugeben, die Bestandteil des Vertrages wird (Anlage 3)

§ 5 Mitwirkung des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber stellt dem Träger die für die Leistungserbringung notwendigen Informationen und Unterlagen -soweit möglich- vollständig und rechtzeitig zur Verfügung.

Der Träger ist verpflichtet, die Mitwirkung des Auftraggebers rechtzeitig einzufordern. Der Auftraggeber wird den Träger über maßgebliche Entwicklungen im Zusammenhang mit zu übertragenden Aufgaben unverzüglich informieren und entsprechende bei ihm eingehende Unterlagen weiterreichen.

(2) Zur Unterstützung des Trägers benennt der Auftraggeber einen internen Ansprechpartner und einen Stellvertreter für Fragen der Vertragsdurchführung. Der Träger ist über den internen Ansprechpartner berechtigt, notwendige Auskünfte einzuholen und die für die Durchführung des Vertrages erforderlichen Zuarbeiten, ggf. in Abstimmung mit dem Auftraggeber, zu veranlassen bzw. in Anspruch zu nehmen. Die Fachberater der Integrationsfachdienste sollen sich zu inhaltlichen und Sachfragen hinsichtlich der Aufgabenerfüllung an diese Ansprechpartner wenden bzw. mit ihnen abstimmen.

Ansprechpartner beim Auftraggeber:

Katharina Zinke-Beinert

Sachbearbeiterin Integrationsamt

Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt

Ernst-Kamieth-Straße 2

06112 Halle (Saale)

Besucheradresse:

Hansering 15

06108 Halle (Saale)

E-Mail: katharina.zinke-beinert@lvwa.sachsen-anhalt.de

Internet: www.sachsen-anhalt.de

Tel.: +49 345 514-1681

Fax: +49 345 514-1609

Stellvertreter

Peter Gessler

Sachbearbeiter Integrationsamt

Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt

Ernst-Kamieth-Straße 2

06112 Halle (Saale)

Besucheradresse:

Hansering 15

06108 Halle (Saale)

E-Mail: Peter.Gessler@lvwa.sachsen-anhalt.de

Internet: www.sachsen-anhalt.de

Tel.: +49 345/ 514 1862

Fax: +49 345/ 514 1609

§ 6 Vertragsbeginn, Laufzeit, Kündigung

(1) Der Vertrag zielt auf eine langfristige Zusammenarbeit ab.

(2) Der Vertrag beginnt am 01.01.2027 und hat eine Laufzeit von vier Jahren (48 Monate), ohne dass es einer Kündigung bedarf. Danach kann der Vertrag optional durch den Auftraggeber einmalig um weitere vier Jahre (48 Monate) verlängert werden. Die Verlängerung bedarf der Zustimmung durch den Träger. Die Mitteilung über das Ziehen der Verlängerungsoption

muss spätestens ein halbes Jahr vor Ablauf der Vertragslaufzeit gemäß Satz 1 dem Träger schriftlich erklärt werden. Die Erklärung muss zugestellt werden. Die im Angebot genannten Preise bleiben im Falle der Optionsziehung auch für die weitere Vertragslaufzeit fest.

(3) Eine ordentliche Kündigung des Vertrages ist während der Laufzeit ausgeschlossen.

(4) Der Vertrag kann außerordentlich aus wichtigem Grund mit einer Frist von drei Monaten zum Quartalsende gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn dem Kündigenden unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls und unter Abwägung der Interessen beider Parteien die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht zugemutet werden kann. Die Kündigung bedarf der Schriftform und muss zugestellt werden.

§ 7 Vergütung der Leistungen des Trägers

(1) Die Inanspruchnahme von Integrationsfachdiensten wird gemäß § 196 Abs. 1 Satz 1 SGB IX vom Auftraggeber vergütet. Die Vergütung für die Beauftragung des Integrationsfachdienstes umfasst die Finanzierung der Personalkosten, die Sachkosten und die Verwaltungsumlage.

(2) Die vom Auftraggeber an den Träger zu zahlende Vergütung richtet sich für die gesamte Vertragslaufzeit einschließlich der Vertragslaufzeit im Fall der Inanspruchnahme der Verlängerungsoption nach den Angaben des Trägers entsprechend der dem Angebot beigefügten Preisblätter für Los **XX** für die Jahre 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034 (Anlage 4).

(3) Die Auszahlung der Vergütung erfolgt vierteljährlich, jeweils bis zum dritten Werktag im Quartal, durch Überweisung auf das vom Träger angegebene Konto. Eine vertragsgemäße Ausführung der Leistung ist hierfür Voraussetzung.

(4) Hält der Träger seine gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen ganz oder teilweise nicht ein, berechtigt dies den Auftraggeber für den Zeitraum der Nichterfüllung bzw. Schlechtleistung zu einer angemessenen anteiligen Kürzung und Rückforderung der vereinbarten Vergütung sowie etwaiger Verzugszinsen.

Werden Fristen nicht eingehalten, führt dies zur Einstellung von Zahlungen oder zu Rückforderungen. Die Zahlungen können so lange eingestellt werden, bis die Frist erfüllt ist. Insofern macht der Auftraggeber von seinem Zurückbehaltungsrecht Gebrauch. Rückforderungen sowie etwaige Verzugszinsen werden mit den nächsten anstehenden Zahlungen verrechnet.

§ 8 Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung

(1) Die Parteien verpflichten sich als gemeinsame Aufgabe zu einer kontinuierlichen Qualitätssicherung (§ 194 Abs. 4 Satz 1 SGB IX). Grundlage hierfür bildet das von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) zur Qualitätssicherung der Arbeit in den Integrationsfachdiensten entwickelte Qualitätsmanagement (QM)-System des Kasseler Systemhauses (KASSYS) in der jeweils gültigen bzw. aktuellen Fassung bzw. weiterentwickelten Form.

Das Rahmenhandbuch KASSYS bildet die Anforderungen an ein Qualitätsmanagement ab. Die Umsetzung der in KASSYS genannten Qualitätsaspekte und Maßnahmen ist Voraussetzung für die Beauftragung und/oder Beteiligung des Integrationsfachdienstes im Rahmen der Teilhabe am Arbeitsleben bzw. der begleitenden Hilfen. Das Qualitätsmanagement mit dem System KASSYS ist somit für den Integrationsfachdienst verpflichtend einzurichten.

Der Träger und die Fachkräfte des Integrationsfachdienstes wirken an der Pflege und notwendigen Weiterentwicklung von KASSYS mit.

(2) Zur Qualitätssicherung und fachlichen Steuerung schließen das Integrationsamt und der Auftragnehmer eine Zielvereinbarung ab, die jährlich überprüft und angepasst wird.

(3) Der Integrationsfachdienst wirkt an Schulungs-, Bildungs- oder Informationsveranstaltungen des Auftraggebers mit oder führt diese nach dessen Maßgabe durch. Der Träger beteiligt sich mindestens 1 x pro Halbjahr mit eigenen Inhalten am Schulungsprogramm des Auftraggebers, siehe Leistungsverzeichnis, Seite 13.

§ 9 Öffentlichkeitsarbeit und regionale Netzwerkarbeit

(1) Über das Leistungsangebot informieren der Auftraggeber und der Träger gemeinsam mit dem Integrationsfachdienst. Dazu erstellt der Träger Informationsmaterial in Abstimmung mit dem Auftraggeber. Ziel ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Belange der Zielgruppe. Der Träger stellt sicher, dass bei allen Veröffentlichungen das abgestimmte Corporate Design verwendet wird.

Veröffentlichungen jeglicher Art sind vom Auftraggeber vorab zu genehmigen.

(2) Der Träger verpflichtet sich zur Mitwirkung in regionalen Fachgremien.

§ 10 Dokumentation

(1) Der Träger stellt sicher, dass der Integrationsfachdienst Verlauf und Ergebnis der jeweiligen Bemühungen um die Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben (§ 197 Abs. 1 Satz 1 SGB IX) dokumentiert (Falldokumentation). Die Dokumentation muss gewährleisten, dass die Transparenz der Prozesse und Ergebnisse für alle Beteiligten nachvollziehbar ist. Dies gilt auch für den Vertretungsfall.

Der Träger erstellt nach § 197 Abs. 1 Satz 2 SGB IX jährlich bis zum 30.06. des Folgejahres eine zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse und legt diese dem Auftraggeber in einem Jahresbericht vor.

Der Träger ist verpflichtet, auf Abforderung des Auftraggebers ggf. anlassbezogene Berichte zu einzelnen Betreuungsfällen zu erstellen.

(2) Die Dokumentation der Leistung des Integrationsfachdienstes erfolgt mit dem vom Auftraggeber vorgegebenen internet-basierten Dokumentationssystem KlifdWeb auf der Grundlage von KASSYS. Die Dokumentation in KlifdWeb gilt auch als Leistungsnachweis.

(3) Bei Verstößen gegen die in diesem Vertrag geforderte Dokumentation kann der Auftraggeber unter schriftlicher Fristsetzung zur Abhilfe, die Vergütung anteilig bis zur Abhilfe durch den Träger einbehalten.

§ 11 Datenschutz und Datensicherheit

(1) Der Auftragnehmer gewährleistet im Rahmen dieses Vertrages die Einhaltung der Regelungen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung - Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG EU-DS-GVO, des Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetzes Sachsen-Anhalt - DSAG LSA und des Bundesdatenschutzgesetzes - BDSG in der jeweils aktuell gültigen Fassung und ggf. weiterer datenschutzrechtlich relevanter Vorgaben. Dazu zählt der Sozialdatenschutz nach den Vorschriften des Sozialgesetzbuches Zehntes Buch (SGB X). Danach besteht eine Schweigepflicht über alle bekanntwerdenden persönlichen und betrieblichen Verhältnisse. Der Auftragnehmer muss dafür Sorge tragen, dass nur die erforderlichen Daten erhoben und gespeichert werden (Datensparsamkeit) und dass ein Verlust der Daten organisatorisch und technisch ausgeschlossen ist (Datensicherheit). Es gelten die Vorschriften nach §§ 67 ff. SGB X.

Zur Umsetzung des Datenschutzes gemäß DS-GVO schließen Auftraggeber und der Träger im Nachgang eine Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung.

§ 12 Geheimhaltungspflicht

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, alle ihnen im Rahmen des Vertrages zugänglich gemachten sowie bei Gelegenheit der Zusammenarbeit erlangten Informationen über Angelegenheiten der anderen Partei, die als vertraulich gekennzeichnet sind; die bei einer mündlichen Übermittlung als vertraulich bezeichnet werden; sowie Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, insbesondere, aber nicht ausschließlich, Informationen, Daten, Ideen, Konzepte und Businessmodelle, vertraulich zu behandeln. Den Vertragsparteien ist es untersagt, vertrauliche Informationen ohne schriftliche Einwilligung der anderen Vertragspartei zu einem anderen als dem zur vertragsgemäßen Aufgabenerfüllung vorgesehenen Zweck zu verwerten, Dritten zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen.

(2) Beide Parteien verpflichten sich, die Geheimhaltungspflicht sämtlichen Angestellten, die Zugang zu den vorbezeichneten Geschäftsvorgängen haben, aufzuerlegen.

(3) Die Geheimhaltungspflicht gilt nicht für Informationen,

(a) die der jeweils anderen Partei bei Abschluss des Vertrags bereits bekannt waren,

(b) die zum Zeitpunkt der Weitergabe durch die offenlegende Partei bereits veröffentlicht waren, ohne dass dies von einer Verletzung der Vertraulichkeit durch die jeweils andere Partei herrührt,

(c) die die jeweils andere Partei ausdrücklich schriftlich zur Weitergabe freigegeben hat,

(d) die die jeweils andere Partei rechtmäßig und ohne die Vertraulichkeit betreffende Einschränkung aus anderen Quellen erhalten hat, sofern die Weitergabe und Verwertung dieser vertraulichen Informationen weder vertragliche Vereinbarungen noch gesetzliche Vorschriften oder behördliche Anordnungen verletzen,

(e) die die jeweils andere Partei selbst ohne Zugang zu den vertraulichen Informationen des Kunden entwickelt hat,

(f) die aufgrund gesetzlicher Auskunfts-, Unterrichts- und/oder Veröffentlichungspflichten oder behördlicher Anordnung offengelegt werden müssen. Soweit zulässig, wird die hierzu verpflichtete Partei die jeweils andere Partei hierüber so früh wie möglich informieren und sie bestmöglich dabei unterstützen, gegen die Pflicht zur Offenlegung vorzugehen.

(4) Die Verpflichtung zur Geheimhaltung besteht über das Vertragsverhältnis hinaus.

(5) Der Träger verpflichtet sich, alle ihm zur Verfügung gestellten Unterlagen ordnungsgemäß aufzubewahren und insbesondere dafür zu sorgen, dass Dritte nicht Einsicht nehmen können.

§ 13 Geistiges Eigentum

(1) Der Träger darf die Werke bzw. die sonstigen erzielten Arbeitsergebnisse nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers Dritten bekannt machen oder veröffentlichen (Nutzung geistigen Eigentums).

(2) Der Auftraggeber kann in jeder Phase der Erstellung die Herausgabe der Arbeitsergebnisse verlangen.

(3) Setzt der Träger zum Zwecke der Leistungsausführung Nachunternehmer oder andere Dritte ein, ist er verpflichtet, sich vor deren Einsatz von diesen vertraglich das ausschließliche, übertragbare und räumlich, zeitlich und inhaltlich unbeschränkte Nutzungsrecht im selben Umfang der Abs. 1 und 2 einräumen zu lassen.

§ 14 Haftung

(1) Der Träger haftet in vollem Umfang nach den einschlägigen vertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen. Bei der Einschaltung von Nachunternehmen, Erfüllungsgehilfen und sonstigen Beauftragten haftet der Träger für sämtliche Pflichtverletzungen so, als wenn er selbst tätig geworden wäre.

(2) Außerdem hat der Träger den Auftraggeber von sämtlichen Schadensersatzansprüchen Dritter freizuhalten, die im Zusammenhang mit einer Verletzung der vom Träger nach dieser Leistungsbeschreibung übernommenen Pflichten gegen das Integrationsamt geltend gemacht werden sollten.

(3) Der Träger ist verpflichtet, eine diese Haftung abdeckende Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen.

§ 15 Vertragsstrafen

(1) Es gelten die §§ 339 – 345 BGB.

(2) Es wird eine Vertragsstrafe für die Überschreitung der Ausführungsfristen der zu erbringenden Leistung vereinbart. Sie beträgt für jede vollendete Woche 0,5% desjenigen Teils der Leistung, der nicht genutzt werden kann, ausgehend von dem Nettoauftragswert. Die Vertragsstrafe wird nach Wochen bemessen. Jeder Werktag einer angefangenen Woche wird als 1/6 Woche gerechnet.

(3) Der Träger verpflichtet sich, für den Fall der Nichterfüllung seiner Verpflichtung aus § 3 dieses Vertrags eine Vertragsstrafe in Höhe von bis zu 2.000 Euro für jeden Fall der Zuwiderhandlung an den Auftraggeber zu zahlen.

(4) Der Träger verpflichtet sich, für den Fall, dass er seinen ihm obliegenden Dokumentations- und Qualitätssicherungspflichten nicht in der vertraglich vereinbarten Form nachkommt, eine Vertragsstrafe für jeden Fall der Zuwiderhandlung in Höhe von 250 Euro zu zahlen.

(5) Die Geltendmachung der Vertragsstrafe hat schriftlich unter Begründung der Höhe der Vertragsstrafe zu erfolgen. Die Festsetzung der Vertragsstrafe erfolgt nach billigem Ermessen, dabei ist auf das Ausmaß der Pflichtverletzung und den Umfang des Verschuldens abzustellen.

(6) Der Höchstbetrag der Vertragsstrafenzahlung wird auf 5 % der Vergütung ohne Umsatzsteuer begrenzt. Vertragsstrafen werden auf Schadenersatzansprüche angerechnet.

§ 16 Ausfall des Trägers

Für den Fall, dass der Träger für die vollständige Leistungserbringung ausfällt bzw. einer durch den Auftraggeber erklärte Vertragsverlängerung widerspricht, behält sich der Auftraggeber entsprechend § 132 Abs. 2 Nr. 4 lit. a GWB vor, die verbleibende Leistung den übrigen geeigneten Unternehmen in der Reihenfolge des Ergebnisses aus dem vorangegangenen Vergabeverfahren, beginnend mit dem Zweitplatzierten, anzutragen.

Hält der Träger seine gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen ganz oder teilweise nicht ein, berechtigt dies den Auftraggeber für den Zeitraum der Nichterfüllung bzw. Schlechtleistung zu einer angemessenen anteiligen Kürzung und Rückforderung des vereinbarten Entgeltes sowie etwaiger Verzugszinsen.

§ 17 Einsatz und Wechsel von Unterauftragnehmern

(1) Der Träger hat spätestens bei Beginn der Auftragsausführung die Namen, die Kontaktdaten und die gesetzlichen Vertreter seiner Unterauftragnehmer mitzuteilen.

(2) Er hat jede im Rahmen der Auftragsausführung eintretende Änderung auf der Ebene der Unterauftragnehmer mitzuteilen.

(3) Der Einsatz von Unterauftragnehmern lässt die Haftung des Hauptauftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber unberührt.

(4) Fallen ein oder mehrere Unterauftragnehmer während der Vertragslaufzeit aus, muss weiterhin die ordnungsgemäße Leistungserbringung sichergestellt sein. Der Auftraggeber ist unverzüglich über den Ausfall zu informieren. Die Aufnahme eines anderen Unterauftragnehmers ist unter der Voraussetzung zulässig, dass der Auftraggeber den neu benannten Unterauftragnehmer als geeignet anerkennt.

§ 18 Schriftform, Nebenabreden

(1) Änderungen und Ergänzungen zu diesem Vertrag bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Nebenabreden sind nicht getroffen worden.

(2) Der Leistungsumfang kann nach Bedarf durch den Auftraggeber erweitert, verändert oder reduziert werden. Dem Auftraggeber stehen dabei die Möglichkeiten des § 132 GWB zur Verfügung.

(3) Der Träger kann eine Änderung des Leistungsumfanges zurückweisen, falls die Änderung für ihn unzumutbar ist.

§ 19 Schlussbestimmungen

(1) Rechtsnachfolgen sind dem Vertragspartner möglichst frühzeitig mitzuteilen.

(2) Auf diesen Vertrag findet neben den vertraglichen Bestimmungen des BGB Anwendung.

(3) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam werden, so wird der Vertrag im übrigen Inhalt nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung soll einvernehmlich durch eine solche Bestimmung ersetzt werden, welche der ursprünglichen Absicht der Parteien wirtschaftlich so weit wie möglich gleichkommt.

(4) Als Gerichtsstand für Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien ist Halle (Saale) festgelegt.

Ort, Datum, Unterschrift Auftraggeber

Ort, Datum, Unterschrift Träger

Anlagen:

- (1) Leistungsbeschreibung gemäß § 1 Abs. 2 des Vertrages
- (2) Übersichtskarte zur Verteilung der Lose gemäß § 1 Abs. 4 des Vertrages
- (3) Eigenerklärung „Nachweis der Qualifikation des Unternehmens“
- (4) Preisblätter für **Los XX** Jahr: 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034 gemäß § 4 Abs. 2 des Vertrages
- (5) Ansprechpartner beim Auftraggeber nach § 3 Abs. 2 Buchst. ai)
- (6) Auftragsverarbeitungsvertrag nach Datenschutz-Grundverordnung (VO [EU] 2016/679)